

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

39 (15.2.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger
ins Haus gebracht 2.12 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zuifstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postfachnummer: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, abgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 39.

Karlsruhe, Mittwoch den 15. Februar 1905.

25. Jahrgang.

Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel.

Die ökonomische Entwicklung führt dahin, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln immer unvereinbarer mit dem Gedeihen, ja mit dem Fortbestand der Gesellschaft wird.

A. Kautsky im Erfrüher Programm.

Wenn jemals ein wirtschaftliches Ereignis die Wahrheit und Richtigkeit dieses Satzes bewiesen hat, dann der große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Man hat sich darüber gemundet, daß selbst Streife, die sonst keinen Finger rühren für die Arbeiter, ihre Sympathie den streikenden Bergleuten ausgesprochen haben. Unzweifelhaft hat bei diesen Sympathieäußerungen und Geldsammlungen der bürgerlichen Streife das Gefühl und das Mitleid mit den armen Bergleuten mitleidig gesprochen, aber eben so sicher ist es, daß große Teile des Bürgertums aus dem intuitiven Gefühl, daß auch ihm durch eine Stärkung der Grubenbesitzer und durch ein Unterliegen der Bergleute Gefahr drohe, für die letzteren eingetreten sind. Wenn selbst Fabrikanten den Bergleuten den Sieg wünschen und Geldmittel beisteuern, so weniger aus Mitleid für die Bergarbeiter, als vielmehr, weil sie die Macht der Grubenbesitzer nicht noch mehr steigern wollen. Denn auch sie leiden unter dem standalösen Vorgehen der Juchbarone. Die vielen Nachfragen über Betriebsverhältnisse und Einschränkungen industrieller Unternehmungen, die Tatsache ferner, daß in verschiedenen Teilen des Reiches der Preis der Kohle schon gestiegen ist und noch mehr steigen wird, je länger die Bergwerksbesitzer auf ihrem hartnäckigen Standpunkt stehen bleiben, hat dem Bürgertum gezeigt, daß hier eine Gefahr droht, die abzuwehren ist. Aus Mitleid mit den Grubenbesitzern, die in ihrer Mittelmäßigkeit auf den Gebieten bei einer Kohlenpreiserhöhung, ist die sonst wunderbare und unbegreifliche Solidaritätsbewegung selbst von Seiten der Nationalliberalen zu erklären. Die Bourgeoisie ist bereit, aus Mitleid mit ihren Profiten sogar ihre monarchische Gesinnung zu revidieren, warum soll sie aus dem gleichen Grund nicht auch den Grubenbesitzern die Hände zeigen? Man bleibe uns aber vom Gasse mit den Kräften von dem „selbstlosen Eintreten des Bürgertums“ für die Bergarbeiter. Das für einzelne Ideologen zutrifft, ist für die Masse undenkbar.

Selbst in so großen Fragen kann das Bürgertum, nicht zuletzt das sich freiwillig nennende, seine Gegnerschaft gegen die Arbeiter nicht unterdrücken. So sprach in Berlin der Abg. Mugdan in einer freimüthigen Versammlung über den Bergarbeiterstreik. Er erkannte die volle Berechtigung der Forderungen der Bergarbeiter an und führte u. a. aus:

„Durch die scharfe Ablehnung der Verhandlung mit den Bergarbeitern auch jetzt noch, nachdem die Arbeiter auf den größten Teil ihrer Forderungen verzichtet haben, hätten die Juchbarone einen Liebermann, eine Reichsminister und ein Parlament bewiesen, das ein energieloses Einschreiten der Regierung herausforderte. Aber die Regierung selbst trägt die größte Schuld an dem Streik. Der Streik war vorauszu sehen. Richtig hätte eine neue gesetzliche Regelung getroffen sein können. Und jetzt, bei Ausbruch des Streiks, schickte die Regierung eine Enquete kommission ins Werk, anstatt sofort ein Gesetz einzubringen! Die Arbeiter haben recht, wenn sie dem Versprechen der Regierung nicht trauen. Der Kanzler habe bewiesen, daß er in inneren Angelegenheiten kein Vertrauen verdient. Ein

Gutes habe der Bergarbeiterstreik mit sich gebracht, nämlich daß die ganze Bevölkerung zu einer tatkräftigen Sozialpolitik angeregt werde.“

Damit kam Herr Mugdan bei seinen Gesinnungsgenossen böse an. Sofort meldeten sich zwei Herren, Fabrikbesitzer Fleischer und Dr. Jürstlein, Mitglieder eines Unternehmerverbandes, zum Wort; sie erhoben Bedenken gegen den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Als ein Redner anregte, durch eine Geldsammlung die Streikenden zu unterstützen, wurde er in seinen Ausführungen fürnehmlich unterbrochen; es erschollen Rufe wie: „Unerhör!“ „Auch das noch!“ Erst nach Schluß der Versammlung gelang es, unter den wenigen Freunden der Arbeiterfrage eine kleine Sammlung zu veranstalten.

Die ökonomische Entwicklung des Bergbaues hat in Deutschland — vor allem in Rheinland-Westfalen und in Schlesien — dahin geführt, daß das Privateigentum an den Kohlengruben „unvereinbar mit dem Gedeihen der Gesellschaft geworden ist“, um mit Kautsky zu reden. Oder ist es mit gefundenen Zuständen vereinbar, daß ein Volk von fast 60 Millionen Menschen beim Besitze seines neben dem Brot wohl wichtigsten Bedarfsartikels von dem Willen einiger Millionäre abhängt. Ist nicht der Fortbestand wenigstens eines Teiles des Volkes gefährdet, wenn es von einer handvoll Leute abhängt, ob 270 000 Bergleute mit ihren Familien eine sichere oder schwankende Existenz haben? Ob es eines Volkes, das man das Volk der Dichter und Denker nennt, würdig ist, daß über das Wohl und Wehe von einer Million Menschen von einigen Emporkömmlingen entschieden wird? Und ob für die Dauer ein höchstwichtiges, industrielles Land, wie es Deutschland nun einmal ist, die Aufrechterhaltung seiner Betriebe von der Laune dieser paar Menschen gefährdet läßt? Der größte Anteil der ganzen Kohlengewinnung in Deutschland entfällt auf Preußen und dort wieder auf Rheinland-Westfalen. Wenn Gehilte der gesamten Kohlenmenge fördert Preußen, und zwar 112 808 400 Tonnen. Nach Oberbergamtsbezirken geordnet, stellte sich die Gewinnung der Kohle in Preußen im Jahre 1904 wie folgt dar:

Oberbergamtsbezirke	Tonnen
Breslau	30 565 649
Galle a. S.	6 981
Glanthal	900 471
Dortmund	67 489 587
Bonn	13 885 781

Im Oberbergamtsbezirk Breslau wurde also noch nicht einmal die Hälfte der Kohlengewinnung des Dortmunder Bezirkes erreicht. Verhältnismäßig sind dagegen die in den anderen Bundesstaaten geförderten Kohlenmengen. Der Vollständigkeit wegen geben wir sie hier wieder.

Staat	Tonnen Steinkohlen
Preußen	1 841 314
Sachsen	38
Braunschweig	—
Sachsen-Meinungen und Schwarzburg-Anhalt	18 053
Sachsen-Altenburg	—
Elb-Lothringen	1 780 789
Waben, Mecklenburg und Neuh. J. L.	1 285

Die gesamte jährliche Steinkohlenförderung Sachsens ist noch nicht einmal so groß, wie die monatliche des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Die Kohlenversorgung Deutschlands hängt also zum größten Teil von den Gruben Westfalens ab. Die Fabrikanten, jeder kleine Mann, ja die Eisenbahnen sind mehr oder weniger davon abhängig. Der Streik, der nur vier Wochen dauerte, hat die

Tragweite und den Einfluß dieses größten wirtschaftlichen Kampfes in Deutschland richtig fühlbar gemacht. Jetzt werden in weit härteren Maße wie bisher die Konsumenten nachgerichtet, um gegen die Monopolisierung der Kohlengewinnung in den Händen einzelner Privatpersonen lauten Protest zu erheben. Nun wird die Frage aufgeworfen werden müssen: Welche Mittel hat das Volk, um die lästige Miktura der Stinnes und Konforten abzuschütteln? Es wird ja eine Zeit kommen, in der man solche Fragen nicht mehr stellt, eine Zeit, in der man sich wundern wird, daß der Staat die Schätze des deutschen Bodens und insbesondere die Schätze, die der westfälische Boden birgt, einigen Menschen zum Ausbeuten überlassen hat. In dieser Zeit wird die Erde, der Grund und Boden und die in ihm entfalteten Reichtümer dem ganzen Volke gehören. Dann wird das Volk selbst bestimmen, wie lange die Arbeitszeit jener Arbeiter legen, um die schwarzen Diamanten aus der Erde zu holen. Das Volk wird selbst zu entscheiden haben, in welcher Menge die Kohle gefördert werden soll.

Die Frage der Verstaatlichung der Kohlengruben wird immer mehr in den Vordergrund zu treten haben. Wenn man auch vom heutigen Stande, besonders solange die Willow und Müller das Ruder führen, durchgreifende Verbesserungen bei einer Verstaatlichung der Kohlengruben für die Bergleute nicht erwarten kann, so können doch die Gruben unter der Kontrolle des Reichstages, dessen Aufgabe es dann wäre, durch Zugeständnisse an die Bergleute solche, das ganze wirtschaftliche Leben des Reiches bedrohende Zustände zu verhüten. Alle die kleinen Reformen, die man durch ein Notgesetz einzuführen gedenkt, werden an den Zuständen im Aufrechterhalten wenig oder gar nichts ändern. Die Grubenbesitzer kümmern sich nicht um gesetzliche Bestimmungen, das hat die Zeit seit 1889 gelehrt.

Solange das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, wird man darüber überhaupt nicht hinwegkommen. Die Propagierung des Satzes, den wir an die Spitze unserer Ausführungen gestellt haben, kann zu keiner Zeit energischer und überzeugender betrieben werden, als heute. An solchen Beispielen, wie dem großen Streik im Ruhrgebiet, kann man dem Volke zeigen, zu welchen Schädigungen für die ganze Bevölkerung das Privateigentum an den Produktionsmitteln führen kann. Solche Vorwommisse zeigen aber auch, wie richtig und wie notwendig die Forderung der Sozialdemokratie ist, die Vergesellschaftlichung solcher Unternehmungen anzutreiben, die Expropriation zu expropriieren. Die Verwindung des Streiks macht die Frage der Verstaatlichung erst recht aktuell. Selbst wenn durch die Gesetzgebung einige Verbesserungen zugunsten der Bergleute festgelegt werden, so bleibt die Durchführung dieser Bestimmungen den Grubenbesitzern überlassen; diese werden schon dafür sorgen, daß den armen Bergarbeitern die Räume nicht in den Himmel wachsen.

(Fränk. Tagespost.)

Politische Ueberblick.

3 Jahre Löwen im Zirkus Busch.

Ueberraschend langweilig, überraschend stimmungslos, überraschend manierlich ist am Montag die Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Berliner Zirkus Busch verlaufen. Wer diese Veranstaltungen aus früheren Jahren kennt, hat allen Grund, mit Beschni zurückzufallen in

die gute alte Zeit, da des Gewässers weite Ründe von donnernden Kraftworten widerhallten, denen förmliches Jubelgeschrei lautenbendes Echo ließ. Der staatsmännischen Kunst des Grafen Willow ist es gelungen, die agrarischen Strömelpeter der Reaktion zum guten Tone zu bekehren. Im Zirkus Busch ist diesmal beinahe schon gar nicht mehr geschimpft worden.

Der Zwischenfall zwischen der Stimmung der Versammlung und dem Willen der Bundesleitung lag offen zutage. Nach der politischen Erziehung, die die Besucher des Zirkus Busch seit zwölf Jahren erfahren haben, kann es gar nicht anders sein, als daß sie nach kräftigen Schimpfparolen über die Regierung, die Juden und die Sozialdemokraten letzten wie ein Verbursender nach einem Schluß Waffler. Jeder leistete Anlauf an die alten Lüne wurde darum auch mit großem Jubel begrüßt, eine ruhige Polemik des Herrn Koesike gegen den preussischen Finanzminister, Herrn v. Rheinbaben, wurde mit kräftigen Phrasen gewirgt, und Herr Dertels harmlose Witzchen über des oldenburgischen Ministers Kuftra Potertruden lösten so donnernde Beifallsstürme aus, als ob ein neues Evangelium der Menschheit verkündet worden wäre.

Das schien nun freilich nur der Anfang zu sein, aber die erwartete Steigerung blieb aus. Es kam keine rechte Stimmung mehr auf. Man hatte beinahe den Eindruck, als ob all den Rednern in der letzten Stunde das Konzept verborben worden wäre, als ob sie alle gebeten worden wären: „Nur leise! Nur manierlich! Nur um Gotteswillen keinen Skandal!“ Der Bund der Landwirte hat in den letzten Tagen eine vollständige Schwächung vollzogen. Statt nach seiner alten Taktik über die Handelsverträge zu wettern und zu fluchen und — ändern es zu überlassen, für sie zu stimmen, haben die Herren des Bundes offenbar ohne rechtliches Vergnügen, aber doch mit allen Kräften Zustimmung für die Handelsverträge gemacht. Der Bund der Landwirte faßt die parlamentarische Situation offenbar so auf, daß er die Annahme der Handelsverträge ohne seine Hilfe für gefährlich hält und darum auf die angenehme Rolle einer nimmerfertigen Radauopposition verzichtet muß. Selbst Herr Nuhn sah sich genötigt, diesmal seine schönen Stimmgeländer für die Erklärung zu verwenden, daß die Tendenz der Regierung nimmermehr eine andere geworden sei; selbst Herr Dertel erklärte, daß die Bilanz der Handelsverträge für die Landwirtschaft mit einem kleinen Plus schließe und Herr v. Oldenburg stellte dem Grafen Willow das Zeugnis aus, er verdiene trotz mancherlei Mäßen „als Vorleser verlegt zu werden“; es zeigte sich „ein ganz leiser Anlauf wiederwachenden Vertrauens zur Regierung“. Das war alles just kein Schmaus für agrarische Ohren, die ganz andere Töne zu hören gewohnt sind. Schließlich blieb als letzte Hoffnung und darum bei seinem Ausreten jubelnd begrüßt, Herr Liebermann, wenn er nach Hof komme. Herr Liebermann, der als deutscher

Arbeiter.

Roman von Alexander S. Kielland.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. v. Sarauw.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Bei Fald-Olsen erzählte man sich vorigen Sonntag, daß der Bureauchef nächster Tage zum Kammerherrn ernannt werden würde“, sagte Hjort, die Gelegenheit benutzend, um mit seinen vornehmen Bekanntschaften zu prahlen.

Die beiden anderen erwiderten nichts darauf; man trennte sich nach Dertjeths Anweisung, um beim Grand Hotel wieder zusammenzutreffen.

Die Sonne schien aus aller Macht; der schmale Schattenstreifen, der sich jetzt über die eine Straßenseite gelegt hatte, war von so vielen Leuten eingenommen, daß die drei Herren, jeder auf seinem Wege, es vorzogen, der Hitze Trotz zu bieten und mitten in der Sommerhitze zu gehen. Sie grüßten ihre Bekannten flüchtig, ohne stehen zu bleiben. Man sah, daß sie es eilig hatten und die großen Papierpakete unter ihrem Arm laten ihre Wirkung.

Inzwischen stieg die Hitze von Stunde zu Stunde immer stärker im Ministerialgebäude, und der alte Hansen sah hier allein in den beiden Zimmern und machte mit dem Kopfe über seinem Papierhügel.

II.

Weint Lehnsmann*) auf dem Lande ward Thing abgehalten.
In der Nähe des Hofes standen auf beiden Seiten der Straße lange Reihen von Fuhrwerken

*) In Norwegen heißt ein untergeordneter Polizeibeamter auf dem Lande „Lehnsmann“, ein Amtmann hat ungefähr die Stellung eines Landrates, ein Sorenschreiber die eines Bezirksrichters, ein Vogt die eines Steuerbeamten.

aller Art, meist Einpänner; gerade vor der Thür aber hielt die große Kalesche, welche den Amtmann, den Sorenschreiber und den Vogt aus der Stadt hierher gebracht hatte. Die Kalesche war Gegenstand der Bewunderung der gesamten Dorfjugend, die sie gaffend umstand.

Die Insassen der Wagen hatten sich ringsumher zerstreut. Einige standen in Gruppen zusammen und besprachen dies und jenes, andere gingen paarweise hinter den Häusern, um ein verkautes Gespräch zu führen, und wieder andere standen müßig an den Räumen und sahen über die See hinaus. Hin und wieder erblickte man auch wohl ein ängstlich gespanntes Gesicht — es gab Leute, die eine weite Strecke Weges zurückgelegt ständen.

Dort stand weit abseits von den andern ein kleiner trieläugiger Mann; er war die ganze Nacht hindurch gefahren, um zur rechten Zeit zum Thing zu kommen. Ein Pferdehändler hatte ihn um eine Schimmelsfute betrogen. Vor mehr als einem Jahre hatte er sich an den Rechtsanwalt Vopelsen in der Stadt gewandt und ihn um seinen Beistand gebeten; manch blauer Taler war aus seiner Tasche zur Stadt gewandert für die gerichtlichen Vorarbeiten und das Abhören der Zeugen, aber weder der Pferdehändler noch auch die Schimmelsfute hatte sich bliden lassen. Aber für den heutigen Termin hatte der Anwalt ihm den Abschluß der Sache versprochen. Heute sollte das Urteil gegen den Pferdehändler fallen, er sollte sein Geld, ja vielleicht seinen lieben Schimmel wieder haben.

Hätte er doch ein Wort mit dem Rechtsanwalt Vopelsen sprechen können. Den ganzen Vormittag hatte er am Hause des Lehnsmanns Wache gehalten, aber seinen Anwalt hatte er nicht gesehen. Die Leute gingen aus und ein. Einige hatten mit dem Amtmann zu sprechen, andere sollten Steuern bezahlen oder man hatte dem Sorenschreiber dies und jenes vorzubringen. So verließ der Vormittag und die Mittagsstunde kam heran.

Die Menge verteilte sich zwischen den Häusern, die mitgebrachten Speisevorräte wurden hervorgerufen; einige vergruben ihr Mägel stehend und über die See hinausblinzelnd, während die übrigen sich reiseweise an der Grabenante des Weges lagerten.

Hin und wieder zeigte sich einer der Schreiber in der Haustür und rief einen Namen. Man drehte sich um und wiederholte den Namen, bis der Herrliche in irgend einem Winkel gefunden ward und sich bedächtig näherte, während der Schreiber ungeduldig ward und der Wind ihm das jierlich geordnete Haar hin und her warf.

Auf einem großen Stein im Walle sah ein Mann etwas entfernt von den andern. Er hatte den Hut neben sich hingelegt und starrte in Gedanken über das Meer hinaus. Es war ein stark gebauter, ungewöhnlich großer Mann; vom vielen Graben in der Erde und weil er in seiner niedrigen Behausung nicht aufrecht gehen konnte, war ihm der Rücken etwas gekrümmt. Der große Kopf mit den großen Gesichtszügen und das dichtgefräuselte, buschige, feuerrote Haupt- und Barthaar hatte ihm das Aussehen eines Bilden gegeben, wären die offenen, hellblauen Augen mit dem kindlichen Ausdruck nicht gewesen.

Aus einer der nächsten Gruppen trat ein Mann hin zu dem auf dem Wall Sitzenden und begrüßte ihn mit einem „Guten Tag, Njadel!“

Der Angeredete wandte den Kopf halb und gab den Gruß zurück.

„Gut, daß ich dich heute getroffen habe“, sagte der erste; „Wir könnten jetzt von dem Seetang am Strande sprechen, und auch hören, was andere Leute dazu sagen.“

„Ich lehre mich nicht an andere Leute, Sören“, sagte Njadel, „und hättest du andere zufrieden gelassen, so stände ich hier jetzt nicht mit Schimpf und Schande vorm Thing.“

„Wir müssen uns darein finden, daß unsere schlechten Handlungen aus dem Dunkel ans Tageslicht gebracht werden, wenn sie Mergernis in der Gemeinde erzeuge.“

„Ach was, Mergernis! Wenn jeder sich nur um sich kümmert, so gibt's kein Mergernis.“

„Es ist notwendig, daß das Mergernis kommt, aber wehe dem Menschen —“

Njadel richtete sich in seiner vollen Größe auf und unterbrach den anderen kurz: „Was wollest du mir vom Seetang sagen?“

Sören Bördig war ein langer, vornübergebeugter Mann mit gelbem, ungleich geschnittenem Haar und weißen Augenbrauen. Wenn er sprach, sah er von der Seite auf und rieb die Hände ineinander.

„Du gräbst einen tiefen Graben unten am Strande, Njadel?“

„Ja, was kannst du?“

„Es wird schwer halten, nach dem Tang da unten zu kommen.“

„Ich fahre längs meinem Aker.“

„Ja, das kannst du“, sagte Sören, und sah über den Weg hin, „aber es wäre dir wohl nicht recht, wenn andere auf deinem Felde fähren?“

„Nein, das müssen sie schon bleiben lassen.“

„Aber sieh mal, Njadel, wie soll ich dann zum Strande hinabkommen, wenn du einen Graben davorziehst? Hast du das bedacht?“

„Du, du sollst nicht an den Strand, Sören, denn du hast da nichts zu schaffen.“

„Gm — hm“, lachte Sören, „du hast eine scharfe Zunge.“

„Nicht scharfer, als ich es verantworten kann.“

„Habe ich denn nicht Tang geholt, so lange ich den Bördigshof geholt habe?“

„Das hast du gewiß, Sören“, erwiderte Njadel ruhig; „ich denke, du hast viele Dinge getan, die du lieber hättest unterlassen sollen.“

„Du glaubst vielleicht, es ginge an, alte, stets benutzte Wege abzupherren?“

„Frage Sören mit sanftem Ton, das kannst du doch nicht glauben, Njadel!“

(Fortsetzung folgt.)

Wenn Gott ströhet und sonst nichts auf der Welt, ist trotzdem todesmutig nach Hof gefahren und unüberdacht, abgesehen von einem selbstverleumdenden Selbstgespräch, heil und gesund aus der sozialdemokratischen Wäldergrube zurückgekehrt.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erkennt an, daß die Reichstagsvorlage des Entwurfs der landwirtschaftlichen Produktionsversicherung... Sie betrachtet die Tendenz der Vorlage immerhin als einen ersten Schritt der Wende von der kapitalistischen einseitigen Exportpolitik...

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erkennt an, daß die Reichstagsvorlage des Entwurfs der landwirtschaftlichen Produktionsversicherung... Sie betrachtet die Tendenz der Vorlage immerhin als einen ersten Schritt der Wende von der kapitalistischen einseitigen Exportpolitik...

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erkennt an, daß die Reichstagsvorlage des Entwurfs der landwirtschaftlichen Produktionsversicherung... Sie betrachtet die Tendenz der Vorlage immerhin als einen ersten Schritt der Wende von der kapitalistischen einseitigen Exportpolitik...

Hus Baden.

* Zweifrontenkampf oder nicht? Im „Bad. Landesbote“ bemüht sich eine demokratische, partei-offizielle Feder, den Nachweis zu liefern, daß die Demokraten sich durch die von ihnen akzeptierte Blocktaktik nicht mit ihrem früheren Standpunkt in Widerspruch gesetzt haben.

Der „Bad. Landesbote“ widerlegt auf diesen Artikel in Nr. 276 (1. Blatt vom 24. Nov. 1904) u. a. folgendes:

„Wenn die Nationalliberalen den Kampf nach zwei Fronten entfalten wollen, d. h. wenn sie die Sozialdemokratie für revolutionär halten, dann müssen sie gegebenenfalls für das Zentrum und nicht minder für die Konservativen eintreten; dann müssen sie aber auch darauf verzichten, die Bildung einer großen liberalen Partei anzustreben.“

Der „Bad. Landesbote“ spottet dann noch über das Lobwahrnehmen im nationalliberalen Lager und meint, die ganze Taktik der Nationalliberalen gehe nur darauf aus, ihre Mandate zu behalten und womöglich noch zu vermehren.

Unwiderrprochen ist die Behauptung, daß die Nationalliberalen auch die Konservativen für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen suchen. Die Nationalliberalen haben also ihren Standpunkt nicht geändert, wohl aber haben die Demokraten sich die nationalliberale Taktik zu eigen gemacht.

erklären, es das Beste sei, wenn man sie zappeln lasse. Und Herr Raumann hat erklärt, daß er diesen Standpunkt durchaus billige und für den richtigen halte, denn es sei politisch nicht anständig, sich helfen zu lassen, aber selbst nicht mitzuhelfen.

Wie liegen nun die Dinge heute? Die Nationalliberalen lehnen es nach wie vor prinzipiell ab, sich offen und ehrlich dahin zu erklären, im Falle der Entscheidung zwischen einem Reaktionär und einem Sozialdemokraten für den letzteren zu stimmen.

Es ist pure Wortklauberei, wenn der „Bad. Landesbote“ sich darauf zu verstehen sucht, daß die Demokraten bei den Stichwahlen, wo nur die Wahl zwischen einem Reaktionär und einem Sozialdemokraten zu treffen ist, sich offen für den letzteren erklären.

Der Sozialdemokratie kann es sehr gleichgültig sein, was die Demokraten tun oder lassen. Diese können ihr sehr wenig nützen, aber auch nur sehr wenig, wahrscheinlich gar nicht schaden.

Die Antwort der Konservativen auf den nationalliberalen Stimmbettel. Ein Flugblatt an die „Partei-Freunde in Stadt und Land“ hat jenen die konservative Parteileitung herausgegeben.

Von den Jesuiten und Klöstern wollen die Konservativen zwar nichts wissen, im übrigen aber fühlen sie sich mit den reaktionären Tendenzen des Zentrums eins.

Der Liberalismus bekämpft heute mit Nachdruck nur die katholische Politik und schont die Sozialdemokratie (1). Wir bekämpfen beide in gleicher Weise (2), aber zudem noch den Liberalismus, der uns durch seine Angriffe auf die starken Grundlagen der christlichen Kirche nicht minder gefährlich erscheint.

Die Konservativen beantworten also den nationalliberalen Stimmbettel mit der Parole: Kampf gegen den geistig verfallenden Liberalismus!

Es ist mehr als zweifelhaft, ob die Nationalliberalen aus dieser Antwort, die eine schwere moralische Niederlage für sie bedeutet, die entsprechenden Konsequenzen ziehen werden.

Die Nationalliberalen haben Ursache, sich an die Brust zu klopfen, denn sie haben mit Anteil an jeder moralischen Niederlage. Unter keinen Umständen hätten sie es zugeben dürfen, daß die Nationalliberalen verstanden, auch mit den Konservativen ein tatsächliches Zusammengehen zu vereinbaren.

Deutsches Reich.

* Kommandierte Kaiserorden. Die städtische Schuldeputation in Berlin hat eine eigenhändige Verfügung an die Refektoren, Lehrer und

Lehrerinnen der Gemeindefchulen erlassen, in der es heißt: „Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß trotz unserer Verfügung vom 7. März 1904 einzelne Mitglieder der Lehrerkollegien es abgesehen haben, an dem Geburtsstage Sr. Majestät des Kaisers die ihnen übertragene Festansprache an die Kinder zu halten.“

Husland.

ao. Also doch! Die drei Brüder Gretzie, die noch im Gefängnis saßen, sind nun auch befreit.

In aller Erinnerung ist wohl noch die Streik-Affäre von Cluses: Die vier Brüder Gretzie hatten die Unverschämtheit, in einem Saufen friedlich streikender Arbeiter hineinzuführen.

Der Präsident von Frankreich scheint die Verhandigungs-Tendenz, die so seine Unterschiede zwischen Bourgeois und Arbeitern zu machen versteht, bei gewissen europäischen Potentaten erlernt zu haben.

ao. Der Zar als Volksbeglucker! „Daily Chronicle“ behauptet, aus zuverlässigster Quelle folgendes berichtet zu können: Tolstoi's Sohn Leo-Leonowitsch hatte die hohe Ehre, dieser Tage vom Zaren empfangen zu werden und ihm einen vom Tolstoi-Vater verfaßten Entwurf vorlegen zu dürfen.

Ein eigenhändiges Schreiben aus New-York gefabelt: An der Chicagoer Universität wird der Geschichts-Professor Milhousoff, ein russischer Verbannter, vergangenen Freitag nach Milhousoff's Gelehrtheit, in seiner Vorlesung lebhaft Angriffe gegen die russische Dynastie zu richten.

ao. Russische Manieren in Amerika? — Eine eigenhändige Nachricht wird aus New-York gefabelt: An der Chicagoer Universität wird der Geschichts-Professor Milhousoff, ein russischer Verbannter, vergangenen Freitag nach Milhousoff's Gelehrtheit, in seiner Vorlesung lebhaft Angriffe gegen die russische Dynastie zu richten.

Hus der Partei.

Zum Parteitag. Das Komitee in Offenburg teilt uns mit, daß die Genossen, welche Quartiere bestellt haben, am Donnerstag davon Kenntnis erhalten, in welchem Gasthaus sie untergebracht werden.

Lohnbewegung der Hamburger Staats- und Gemeinbediensteten. Die Hamburger Verwaltungsstelle des Verbandes von Staats- und Gemeinbediensteten, welcher 2000 Staatsarbeiter als Mitglieder angehören, hat an die Bürgerchaft eine Petition gerichtet, in der gefordert wird: Die Bürgerchaft wolle beschließen, den Senat zu erwidern, die Verwaltungsbediensteten der hamburger Staatsbetriebe aufzufordern, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter folgender Neuordnung zu unterziehen.

Gerichtszeitung. O. Freiburg, 14. Febr. Heute kam vor dem hiesigen Schöffengericht ein Verleumdungsprozess gegen den „Volksfreund“ zum Austrag.

Ein liebiges Buchdrucker sei gestern Abend Ede Durlacher und ständertliche von einem Straßensänger moan. Ein herbeigekommener Arzt erklärte, daß der junge Moan angetanzen sei und jedenfalls eine leichte Gehirn-erschütterung davongetragen habe; er konnte nach Verlauf von etwa 10 Minuten seinen Weg fortsetzen.

Badische Chronik. * Karlsruhe, 15. Febr. * Der Aufsicht des sozialdemokratischen Vereins hat heute Abend halb 9 Uhr bei Schuldeputat eine Sitzung ab, worauf die Mitglieder nochmals aufmerksam gemacht werden.

Der hiesige Krankenkassen-Verband hat nun endlich auch dem Wange der Arbeitervertreter in der allgemeinen Ortskrankenkassen-Versammlung, damit begonnener, Statistik zu betreiben und die Resultate zu veröffentlichen.

	am 1. Jan. 1905	am 1. Febr. 1905
Allgemeine Ortskrankenkasse	12 605	12 622
Ortskrankenkasse der Dienstboten	6614	6499
Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen	2632	2610
Ortskrankenkasse der Wälder	582	588
Ortskrankenkasse der Metzger	398	387

Die allgemeine Ortskrankenkasse hat also ca. 2700 Mitglieder mehr, als die übrigen im Verband vereinigten Ortskrankenkassen zusammen, bestimmenden Einfluß auf die Einrichtungen des Krankenkassenverbandes hat aber die allgemeine Ortskrankenkasse nicht, da sie im Verband von den übrigen Kassen jederzeit überstimmt werden kann.

Die Anzahl der neu ausgeheilten Kranken betrug im Monat Januar bei der allgemeinen Ortskrankenkasse 1731, bei der Ortskrankenkasse der Dienstboten 648, bei der Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen 316, bei der Ortskrankenkasse der Wälder 50 und bei der Ortskrankenkasse der Metzger 28.

	1. Jan. 1905	1. Febr. 1905
bei der allgemeinen Ortskrankenkasse	280	478
Ortskrankenkasse der Dienstboten	11	38
Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen	18	55
Ortskrankenkasse der Wälder	1	3
Ortskrankenkasse der Metzger	—	3

Das ausbezahlte Krankengeld belief sich pro Monat Januar 1905 bei der allgemeinen Ortskrankenkasse auf 1899,98 Mk., bei der Ortskrankenkasse der Dienstboten auf 598,10 Mk., bei der Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen 1561,10 Mk., bei der Ortskrankenkasse der Wälder 108,— Mk. und bei der Ortskrankenkasse der Metzger 101,26 Mk.

Am 1. Januar 1905 waren auf Kosten der Krankenkassenverband angeschickten Kassen insgesamt 151 Personen in hiesigen Krankenhäusern untergebracht, davon 125 im hiesigen Krankenhaus; am 1. Februar betrug deren Zahl 239, davon waren 181 im hiesigen Krankenhaus.

Die Anzahl der im Laufe des Monats Januar 5 Personen eingewiesen, welche sämtlich bei der allgemeinen Ortskrankenkasse versichert sind.

Die Anzahl der im Laufe des Monats Januar 5 Personen eingewiesen, welche sämtlich bei der allgemeinen Ortskrankenkasse versichert sind.

Der hiesige katholische Arbeiterverein zählt nach dem am verflochten Sonntag in der Generalversammlung des Vereins erstatteten Jahresbericht auf 1. Januar 1905 610 aktive, 92 passive und 5 Ehrenmitglieder.

Die Generalversammlung hat die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister beschlossen.

Die Generalversammlung hat die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister beschlossen.

Die Generalversammlung hat die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister beschlossen.

Die Generalversammlung hat die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister beschlossen.

Die Generalversammlung hat die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister beschlossen.

